



Presseerklärung

Brüssel, 22. März 2007

EU-Fernsehrichtlinie: EU-Kommission unterstützt Position des Parlamentes - wichtige Details aber noch offen

"In den wichtigen Fragen des Herkunftslandprinzips, des Jugendschutzes und der Produkt-Platzierung unterstützt die EU-Kommission die Forderungen des Europäischen Parlamentes bei der Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste". Mit dieser Einschätzung begrüßte die zuständige Berichterstatterin des Europäischen Parlamentes, Ruth Hieronymi (CDU), den geänderten Vorschlag der EU-Kommission zur Revision der EU-Fernsehrichtlinie, der gestern im Kulturausschuss debattiert wurde.

"Bei den sensiblen Fragen des Herkunftslandprinzips und des Jugendschutzes hat die Kommission unsere Änderungen übernommen und sich damit den Vorbehalten des Parlamentes gegenüber dem Rat angeschlossen", erklärte die medienpolitische Sprecherin der EVP-ED Fraktion. "Der Rat hatte zuvor in seiner Allgemeinen Ausrichtung dem Wille der Mitgliedsstaaten nachgegeben und diesen im weiten Feld des Allgemeininteresses einen breiten Spielraum für strengere Regulierungen zugestanden. Beim Jugendschutz sowie möglichen Abweichungen vom Herkunftslandprinzip hatte der Rat den Mitgliedsstaaten jedoch weitaus weniger Spielraum gegeben als das Parlament dies wünscht".

"Bei der Produkt-Platzierung unterstützt die Kommission das generelle Verbot mit Ausnahmen für Filme, Serien und Sportsendungen, dem auch der Rat zustimmt. Die Forderung nach mehr Transparenz hat die Kommission mit dem Vorschlag unterstützt, nach Werbepausen jeweils einen Hinweis auf Produkt-Platzierung in der Sendung vorzusehen", so Ruth Hieronymi weiter. "Auch beim Verhaltenskodex für Nahrungsmittelwerbung in Kindersendungen und der Medienerziehung zeigte sich die Kommission offen gegenüber den Vorstellungen des Parlamentes".

"Insgesamt hat die EU-Kommission mit ihrem geänderten Vorschlag die Debatte zwischen Parlament und Kommission einen großen Schritt vorangebracht und ist eine wichtige Hilfe für die Verhandlungen mit dem Rat in 2. Lesung", erklärte die Berichterstatterin abschließend.